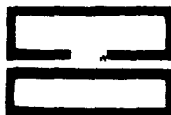


ÖSTERREICHISCHE**A-1010 WIEN****REKTORENKONFERENZ****SCHOTTENGASSE 1****TELEPHON 63 06 22-0****TELEFAX 63 73 21**

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner-Ring 1
1017 Wien

Wien, 26.5.1988
GZ 80/101/18/88

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	40 - GE 9 88
Datum:	27. MAI 1988
Verteilt	27.5.1988 Romy

St. Pöschner

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes betr. Besteuerung von
natürlichen Personen (EStG 1988)
BMF - GZ 06 0102/4-IV/6/88/5

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Besteuerung
des Einkommens von Körperschaften (KStG 1988)
BMF - GZ 13 5002/1-IV/13/88/10

In Ergänzung zur Stellungnahme der Österreichischen Rektoren-
konferenz vom 6.5.88 zu den im Betreff genannten Gesetzesent-
würfen wird beiliegender Nachtrag vom 25.5.88 mit der Bitte
um Berücksichtigung übermittelt.

Für die Rektorenkonferenz

Mag. Gabriele Hölbl

Beilage

22 Stellungnahmen

Mag. Gabriele HÖLBL

ÖSTERREICHISCHE

A-1010 WIEN



REKTORENKONFERENZ

SCHOTTENGASSE 1

TELEPHON 63 06 22-0

TELEFAX 63 73 21

N A C H T R A G

zur

S T E L L U N G N A H M E

der

**Österreichischen Rektorenkonferenz
gemäß § 107 Abs. 3 UOG**

zum

**Entwurf eines Bundesgesetzes betr. die Besteuerung
von natürlichen Personen (EStG 1988)
BMF - GZ 06 0102/4-IV/6/88/5**

vom 6.5.1988

**Dringliche Erledigung des
Vorsitzenden der Österreichischen Rektorenkonferenz
vom 25. Mai 1988**

- 1 -

In Ergänzung zu der zum EStG 1988 am 6.5.1988 abgegebenen Stellungnahme der Österreichischen Rektorenkonferenz wird nachträglich wie folgt angemerkt:

Die in § 34 Abs. 8 EStG vorgesehene Änderung betrifft insofern auch Universitätsangehörige, als die Pauschalierung der außergewöhnlichen Belastung durch die "auswärtige Berufsausbildung eines Kindes außerhalb des Wohnortes" mit "1.500,-- öS pro Monat der Berufsausbildung" festgesetzt ist.

Nach Ansicht der Rektorenkonferenz scheint dieser Betrag, selbst wenn es sich lediglich um die zusätzlichen Ausgaben handelt, die für die auswärtige Berufsausbildung im Verhältnis zu einer - in den Worten dieser Gesetzesstelle - "im Einzugsbereich des Wohnortes" entstehen, zu niedrig angesetzt zu sein.

Darüber hinaus wäre die Bedeutung des soeben zitierten Begriffes "im Einzugsbereich des Wohnortes" klarzustellen. Wo von einem Hochschulort aus die Grenze zu ziehen ist, wird aus dem Gesetzestext nicht deutlich.

Des weiteren bedarf die Formulierung für die Bemessung "pro Monat der Berufsausbildung" einer Präzisierung, da nicht klar daraus hervorgeht, ob z.B. vorlesungs- und prüfungsfreie Zeiten oder Lehrveranstaltungen (z.B. Praktika) bzw. Zeiten der Famulatur usw. gesondert nachzuweisen sind oder nicht.

Als besonders gravierend wird jedoch die vorgesehene Beschränkung der Anerkennung als außergewöhnliche Belastung auf jene Fälle, in welchen "im Einzugsbereich des Wohnortes keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit besteht", angesehen. Damit wird die ohnehin bestehende Neigung zum Studium an der nächstgelegenen Universität bzw. Hochschule - allen Bemühungen um Mobilität und Internationalität und allen diesbezüglichen offiziellen Beteuerungen zum Trotz - aus finanziellen Gründen noch verstärkt.